

Pressemitteilung

14. Dezember 2022

Inflation und Wohlstand

Umfrage: 85 Prozent rechnen mit persönlichen Wohlstandseinbußen

Berlin – Die Inflation ist zurzeit die größte Sorge der Deutschen. 85 Prozent rechnen mit persönlichen Wohlstandseinbußen. Besonders betroffen: die schwächeren sozialen Schichten. Dort gehen 48 Prozent davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Lage deutlich verschlechtern wird. Das sind Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des **Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD)** für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**.

„Die Mehrheit rechnet auch längerfristig mit Wohlstandseinbußen“, so IfD Direktorin **Prof. Dr. Renate Köcher**, bei der Vorstellung der Ergebnisse. 70 Prozent gingen davon aus, dass Wohlstand und Lebensqualität in den nächsten zehn Jahren sinken würden. Nur drei Prozent rechneten mit einer Verbesserung von Wohlstand und Lebensqualität.

Angesichts dieser Einschätzungen kann es nicht verwundern, dass 76 Prozent der Deutschen der Ansicht sind, dass die Politik mehr tun sollte, um steigende Preise zu bekämpfen. Offen ist die Antwort auf die Frage: wie?

Die Finanzmarktexperten des **Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)** erwarten mehrheitlich einen Rückgang der Inflation in den kommenden beiden Jahren. Aber auch für 2024 wird prognostiziert, dass die Inflationswerte oberhalb von 2 Prozent liegen werden. ZEW-Präsident **Prof. Achim Wambach** sagt: „Die Inflation wird uns noch länger beschäftigen, und dies in einem makroökonomischen Umfeld, das durch hohe Unsicherheiten geprägt ist. Unternehmen werden ihre Preise und Tarifpartner die Löhne anpassen, ein gewisses Überschießen ist unvermeidlich. Die Inflation ist angebotsgetrieben durch den Rückgang der Energielieferungen und den damit einhergehenden Anstieg der Energiepreise. Geldpolitik und auch Fiskalpolitik sind gefordert, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu senken, um den Preisdruck zu verringern.“

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, fordert die Bundesregierung zu einer zielgerichteteren Politik auf. „Statt Geld mit der Gießkanne zu verteilen und so die Inflation weiter anzuhetzen, brauchen wir Maßnahmen, die denen helfen, die wirklich Hilfe benötigen. Und statt das ohnehin knappe Energieangebot politisch weiter zu verknapfen, müssen wir endlich den Ausbau neuer Energiequellen vorantreiben und alle Kapazitäten zur Energieerzeugung nutzen. Marktwirtschaftlich, wachstumsfreundlich und vor allem mit einer schnellen, digitalisierten Verwaltung. Das hilft dem Klima und dem gesellschaftlichen Wohlstand.“

Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage und weitere Fakten zur Inflation finden Sie auf www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de